

Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz

Newsletter Nr. 2 / 2018

Lieber Matthias Manz



50 Franken für die Reformorientierte Plattform!

Auf Euren Bildschirmen seht Ihr die 2. Ausgabe unseres Newsletters. Es geht uns dabei darum, Euch über die Aktivitäten innerhalb unserer Plattform zu informieren. Im Zentrum der vorliegenden Ausgabe steht das **Papier zur Sicherheitspolitik**. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Reformorientierten Plattform in der SP hat sich diesem Thema angenommen und versucht, einen pragmatischen und unvoreingenommenen Weg einzuschlagen. Dabei werden auch umstrittene Themen wie die Kampfjetbeschaffung nicht gemieden.

Die Juso haben eine **Volksinitiative zur Besteuerung von Kapitaleinkommen über 100'000 Fr. mit einem Zuschlag von 50%** lanciert. Die Reformorientierte Plattform in der SP lehnt diese Initiative ab. Sie richtet sich entgegen den Absichten der Juso nicht primär auf die Besteuerung der „superreichen“ Bevölkerungsteile und stellt keine gerechte Besteuerung dar, sondern sie trifft vor allem den Mittelstand und ist daher für Unternehmerinnen und Unternehmer im KMU-Bereich ein Problem. Eine solche Initiative widerspricht unseren Grundsätzen, denn uns geht es darum, Steuerprivilegien zu bekämpfen und die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Die Juso-Initiative torpediert diese bisherige Strategie der SP. Im vorliegenden Newsletter wird die Schädlichkeit der Volksinitiative der Juso im Detail dargelegt.

An dieser Stelle danke ich meinen Kollegen Pascal Vinard (Courtepin) und Stefano Malpangotti (Bellinzona) für die Übersetzung aller Texte ins Französische bzw. Italienische. Ich bin stolz, dass wir nun über eine dreisprachige Website verfügen!

Auch wenn wir versuchen, die Arbeiten innerhalb der Reformorientierten Plattform ehrenamtlich zu erledigen, brauchen wir trotzdem Geld, z.B. um die Homepage betreiben zu können. Die Teilnahme an unserer Plattform soll weiterhin kostenlos sein. Wir sind aber froh, wenn wir von möglichst vielen Unterstützerinnen und Unterstützern einen freiwilligen Beitrag erhalten könnten. Mit dem folgenden Link könnt Ihr uns direkt eine **Spende von Fr. 50** zusprechen (höhere oder tiefere Beiträge sind natürlich auch willkommen). Wir stellen euch dann umgehend einen Einzahlungsschein zu.

[Zum Spendenformular](#)

Herzlichen Dank!

Daniel Jositsch, Ständerat, Stäfa ZH



Nur ein sicherer Staat kann die Schwächsten schützen

Von Chantal Galladé, Nationalrätin, Winterthur

„Denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit“ – diese Einsicht des Philosophen, Humanisten und Staatsmanns Wilhelm von Humboldt gilt auch – und gerade – aus sozialdemokratischer Sicht. In einem unsicheren Staat sind es immer die Schwächsten, die diese Unsicherheit zuerst und am Stärksten zu spüren bekommen.

Sicherheit muss neu gedacht, der heutigen Zeit angepasst und auf aktuelle und künftige Gefahren bezogen werden. Und: Sicherheit ist eine Querschnittsaufgabe. Von der Bildung, über die Ökologie, über die Friedenspolitik bis hin zum Städtebau stellt sich die Frage der Sicherheit. Eine kluge Sicherheitspolitik ist umfassend und enthält immer Prävention und Repression.

Mit der Sicherheitspolitik im Allgemeinen und mit dem Teil der Repression im Speziellen tut sich die Sozialdemokratische Partei traditionell schwer, was Opfern oder Menschen, die sich bedroht fühlen, das Gefühl gibt, dass sie im Stich gelassen werden. Ebenfalls schwer tut sich die SP mit der Armeepolitik.

Die Reformorientierte Plattform in der SP bekennt sich zu einem sicherheitspolitischen Mix aus Prävention und Repression. Und: Die Plattform bekennt sich zur Armee.

Die reformorientierten Kräfte in der SP sind der Überzeugung, dass eine Reform der Armee ein sinnvoller Weg zu mehr Sicherheit darstellt. Dabei liegt die Priorität der Mittelverteilung ganz klar bei den wahrscheinlicheren Gefahren. Dies bedeutet in verkürzter Form: Cyber statt Panzer. Aber auch die Beschaffung einer vernünftigen Anzahl neuer Kampffjets für die Luftpolizei und die Luftverteidigung gehören zu einer zeitgemässen Armee. Sowohl im Armee- wie auch im zivilen Sicherheitsbereich muss die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden. Die Zukunft der Verbrechensbekämpfung liegt in der Kooperation und nicht im Isolationismus.

Die Sicherheit im Inneren wird verstärkt durch eine angemessene Polizeipräsenz am richtigen Ort. Deshalb sollen die Bestände da, wo notwendig, angehoben werden. Dabei sollen auch Menschen mit Niederlassungsbewilligung C zur Polizeiausbildung zugelassen werden, und Polizistinnen und Polizisten bei der Ausübung ihres anspruchsvollen Berufes besser geschützt werden – auch durch das Strafrecht.

Der Fokus muss stärker auf die Opfer und ihren Schutz gerichtet werden. Ihnen gehört alle Unterstützung, die möglich ist. Dies bedeutet auch, dass ein vermehrter Datenaustausch stattfinden muss und dass der Datenschutz kein Täterschutz werden darf. Auch sollen die Untergrenzen der Strafraumen von Gewalt- und Sexualdelikten heraufgesetzt werden, namentlich bei Vergewaltigungen und sexuellen Handlungen mit Kindern.

Mit verschiedenen **Forderungen und Anregungen zur Sicherheits- und Armeepolitik** wollen Mitglieder der Reformorientierten Plattform die blockierte und ideologisch aufgeladene Diskussion in der SP mit neuen Aspekten in Gang bringen. Auch sollen pragmatische Kräfte in ihrer Sicherheitspolitik gestärkt werden. Wir sind der Überzeugung, dass diese Positionen teilweise bis weit in die politische Mitte hinein mehrheitsfähig sind und eine pragmatische SP mit Führungsanspruch in diesem Bereich mehrheitsbildend für Reformen sein kann – anstatt die Mehrheiten wie heute denen zu überlassen, welche ihre Sicherheitspolitik mit einem überholten Reditdenken oder einem einseitig strafenden Staat ohne Resozialisierungsgedanken betreiben.

8 Thesen und Forderungen zur öffentlichen Sicherheit

Auszug aus dem **Positionspapier „Öffentliche Sicherheit“** der Reformorientierten Plattform in der SP Schweiz (23 Thesen und Forderungen)

Grundpositionen

2. Gleichgewicht von Prävention und Repression

Schutz öffentlicher Sicherheit beinhaltet präventive und repressive Elemente. Repression soll insofern ebenfalls präventiv wirken, als der Täter davon abgehalten werden soll, in Zukunft weitere Straftaten zu verüben. Repression muss aber auch dem gesellschaftlichen Anspruch nach gerechter Strafe entsprechen. Es geht dabei darum, das Strafsystem so weiterzuentwickeln, dass es dem Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden der heutigen Gesellschaft entspricht.

Prävention

4. Polizeipräsenz hoch halten

Polizeipräsenz wirkt präventiv und gibt der Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit. In den verschiedenen Kantonen und Regionen ist die Situation diesbezüglich unterschiedlich. Die Polizeipräsenz ist daher, wo notwendig, angemessen zu verstärken. Ausserdem soll der Polizeidienst auch für Menschen geöffnet werden, die in der Schweiz aufgewachsen sind und eine Aufenthaltsbewilligung C haben.

6. Datenaustausch vor Täterschutz

Der Datenaustausch hat besonders auch bei häuslicher Gewalt und sexuellen Übergriffen grosse Bedeutung. Die Datenschutzbestimmungen sollen entsprechend angepasst werden, damit die Informationen zwischen den Behörden und Kantonen in solchen Fällen besser fliessen können.

Opfer von schweren Gewalt- und Sexualstraftaten haben Anspruch darauf, über die Entlassung des Täters aus dem Strafvollzug informiert zu werden.

7. Überwachungs- und Ermittlungsmöglichkeiten modernisieren

Die Strafverfolgung soll weitgehende Möglichkeiten haben, um mit modernsten Mitteln Kriminalität bekämpfen zu können. Das betrifft namentlich auch die Überwachung im Internet. Entsprechende Überwachungsmaßnahmen können missbraucht werden. Die Verhinderung von Missbräuchen soll aber nicht dadurch erfolgen, dass die Strafverfolgung in ihren Mitteln eingeschränkt wird, sondern indem deren Einsatz rechtlich klar geregelt und von unabhängigen Instanzen überwacht wird.

Bei schweren Verbrechen muss es möglich sein, bei unbekannter Täterschaft die codierende DNA einer täterischen Spur auf äusserlich sichtbare persönliche Merkmale (Phänotyping) zu erforschen (bspw. Augen-, Haut- und Haarfarbe).

Strafverfolgung

9. Strafraumen durchsetzen, bei Sexualdelikten erhöhen

Bei schweren Straftaten (Gewalt- und Sexualdelikte) ist immer wieder der Ruf nach härteren Strafen hörbar. Die entsprechenden Möglichkeiten sind aber weitgehend heute schon vorhanden. Allerdings sind zwei Tendenzen erkennbar: Einerseits werden bei zahlreichen Delikten die Strafen von den Gerichten fast nur in der unteren Hälfte des Strafraumens ausgefällt. Andererseits werden Strafen auch bei schweren Delikten teilweise im Bereich ausgefällt, in dem bedingte oder teilbedingte Strafen möglich sind.

Durch geeignete Massnahmen kann diesen Tendenzen begegnet werden. Eine Anpassung der Strafraumen kommt in Frage, wenn die Strafen im aktuellen Recht zu mild angesetzt sind, wenn also die vorgesehene Mindeststrafe nicht dem mildesten denkbaren Fall entspricht. Dies ist namentlich bei Gewalt- und Sexualdelikten der Fall. Im Rahmen der so genannten Strafraumenharmonisierung sollen daher die Untergrenzen der Strafraumen von Gewalt- und Sexualdelikten heraufgesetzt werden, so namentlich bei der Sexuellen Nötigung, bei der Vergewaltigung und bei Sexuellen Handlungen mit Kindern. Ausserdem soll der Gesetzgeber klarere Vorgaben zur Strafzumessung machen, die heute weitgehend im freien richterlichen Ermessen steht, so beispielsweise indem für den untersten Bereich des Strafraumens bei schweren Delikten eine erhöhte Begründungspflicht verlangt wird oder dieser nur für besonders, explizit begründete leichte Fälle zur Verfügung steht.

Landesverteidigung

16. Armeebestand von 80'000 AdA ausreichend

Der Bestand soll auf 80 000 Angehörige der Armee gesenkt werden. Dafür soll vermehrt in die Ausbildung und in die Attraktivität des Wehrdienstes investiert werden. Die Milizarmee soll auf Diversität setzen und aktiv Massnahmen ergreifen, um den Militärdienst auch für Frauen attraktiv zu machen.

Das Grenzwachtkorps (GWK) soll mit mehr personellen Ressourcen ausgestattet werden. Sobald die Lage ausserordentlich wird (zum Beispiel mehr Flüchtlinge), ist das GWK mit seinen personellen Ressourcen limitiert. Genügend Ressourcen für die notwendigen Grenzkontrollen sind für die Sicherheit aber von Bedeutung. Einerseits, damit gut ausgebildetes Personal an den Grenzen steht und im Grenzraum Kontrollen durchführen sollen. Andererseits, weil gerade auch mit den echten Flüchtlingen immer einige wenige mit gefährlichen Absichten die Grenze passieren (Terroristen, radikalisierte Rückreisende etc.).

17. 30 neue Kampffjets beschaffen

Luftpolizeiliche Aufgaben und Luftraumverteidigung sind Teil der Armeeaufgaben. Diese sollen während 24 Stunden wahrgenommen werden. Die Bevölkerung soll sich zur Luftraumsicherheit und der Beschaffung von Kampffjets als Konzept äussern können.

Dabei unterstützt die Reformorientierte Plattform der SP die Beschaffung von maximal 30 neuen Kampffjets, welche im Rahmen des ordentlichen Budgets beschafft werden müssen und die aus nur einer einzigen Flotte bestehen sollen. Die Beschaffung ist dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Der Beschaffungsprozess muss jetzt beginnen und die Beschaffung ist bis 2030 abzuschliessen. Bis zum Abschluss dieser Beschaffung soll der FA-18 nachgerüstet werden und im Einsatz bleiben.

Die Verteidigung des Luftraums ist in Koordination mit den umliegenden Ländern zu organisieren. Eine verstärkte Kooperation soll angestrebt werden, wobei die Unabhängigkeit und die Neutralität gerade auch im Hinblick auf eine aktive Aussenpolitik gewährleistet bleiben müssen.

18. Neuer Schwerpunkt Cyberdefence

Ein Schwerpunkt der Landesverteidigung ist im Bereich Cyberdefence zu setzen. Dort müssen mehr Mittel aus dem Armeebudget eingesetzt werden. Im Gegensatz zu heute soll klar ein Departement, nämlich das VBS, für Cyberdefence verantwortlich erklärt werden. Ausserdem muss die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärkt werden.



Hände weg von dieser Initiative – sie ist nicht ganz 100%

Von Matthias Manz, Aarau

Am 4. Oktober 2017 lancierten die JUSO Schweiz eine eidgenössische Volksinitiative unter dem unverfänglichen Titel „Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern“ (99%-Initiative). Ja, wer möchte denn nicht eine gerechtere Besteuerung, eine ausgeglichene Verteilung des Wohlstands? Bereits zehn Tage später beschloss die Delegiertenversammlung der SP Schweiz mit grossem Mehr trotz des **Widerstands** der Reformorientierten Plattform, die Initiative zu unterstützen.

Anstatt sich überstürzt vor diesen Karren spannen zu lassen, hätte es sich für die SPS gelohnt, die Initiative genauer anzuschauen. Die Initiative verlangt kurz und trocken: „Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar.“ Die Initianten setzen als Schwelle, über welcher der Steuerzuschlag wirken soll, mit 100'000 Fr. an. Ein Kapitaleinkommen von beispielsweise 250'000 Fr. würde besteuert, wie wenn das Einkommen 325'000 Fr. hoch wäre. Daraus resultiert eine Strafsteuer in der Höhe von rund 40%.

Die Initianten und die SP Schweiz machen geltend, dass sie mit dieser Massnahme die „Superreichen“ in unserem Land belangen und die Vermögensungleichheiten bekämpfen wollen. Es besteht tatsächlich Handlungsbedarf in Sachen Steuergerechtigkeit: Die Privilegien bei der Besteuerung von Dividenden müssen bekämpft werden; oder die bisher steuerfreien Kapitalgewinne müssen besteuert werden (zu 100% und nicht zu 150%!).

Die JUSO-Initiative beschreitet aber einen ganz anderen Weg. Was bedeutet die Volksinitiative tatsächlich?

- **Die Initiative schafft neue Ungerechtigkeiten** und schlägt der SP das wirksamste Argument gegen Steuerprivilegien aus der Hand. Personen sollen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Gemäss Initiative aber werden Personen mit identischen Einkommen entweder ‚normal‘ besteuert (Lohn) oder mit einem Zuschlag von 50% belegt (Kapitaleinkommen). Was ist daran gerecht?
- **Die Initiative trifft zuerst KMU-Besitzende** sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler. Diese bauen ihre Altersvorsorge auf, indem sie z.B. für 3 – 5 Mio. Fr. ein Mehrfamilienhaus kaufen (und mit den Jahren abbezahlen) oder ihr Unternehmen verkaufen und im Alter vom Kapitalertrag leben. Sind das die „Superreichen“, die die SP bestrafen will? Was ist das für eine verquere Wirtschaftspolitik?
- **Die Initiative trifft den ganzen Mittelstand.** Arbeitnehmende, die sich bei der Pensionierung von ihrem angesparten Alterskapital z.B. 500'000 Fr. auszahlen lassen, werden dies ‚dank‘ der Initiative versteuern, wie wenn es 700'000 Fr. wären. Die Steuerschuld kann sich dadurch aufgrund der Steuerprogression um 80% erhöhen. Sieht Steuergerechtigkeit so aus? Und sind das die „Superreichen“, gegen die die SP im Schlepptau der JUSO ins Feld ziehen will? Nein danke.

Die Reformorientierte Plattform rät deshalb davon ab, die 99%-Initiative zu unterschreiben. Hände weg!



5 Fragen an...

... Regula Nebiker Toebak, Liestal

1. Gibt es einen Auslöser, dass du dich bei der SP-Reformplattform engagierst und wenn ja, welcher?

In den letzten Jahren hat die SP oft die Zeche bezahlt für eine Politik, die sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eigentlich gar nicht verantworten müsste. Auf viele Wählerinnen und Wähler aus dem Mittelstand wirken die politischen Inhalte der SP zu radikal, darum wählen sie sie nicht, obwohl ihre Interessen durch die SP viel besser vertreten würden.

Flügel in einer so grossen politischen Partei wie die SP sind ok und normal. In Exekutiven müssen SP-Mitglieder den Spielraum haben, politische Koalitionen und Kompromisse zu suchen und mitzutragen und damit mehrheitsfähige Lösungen zu ermöglichen. Zu radikale Positionen führen ins Abseits.

Aber nein: ich finde die 99% Initiative nicht radikal, sondern einen wichtigen Denkanstoss für ein gerechteres Steuersystem. Allerdings: der Titel ist zu reisserisch.

2. Wer ist dein politisches Vorbild und warum?

Judith Stamm – ihre Eigenständigkeit auch gegenüber ihrer eigenen Partei hatte für mich eine sehr hohe Glaubwürdigkeit.

3. Welche 5 Werte sind dir wichtig?

Humanität, Gerechtigkeit, Eigenständigkeit, Freiheit, Sicherheit

4. Was ist deine wichtigste Frage an die Zukunft?

Wie kann der Krieg und das Elend in der Welt überwunden werden?

5. Was war die größte (positive oder negative) Überraschung deines politischen Lebens?

Die Ablehnung des EWR und der viel zu lange anhaltende Erfolg der SVP.

Wenn Sie diese E-Mail (an: mmanz@bluewin.ch) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

info@reform-sp.ch